

P R O T O K O L L
der 452. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 20. Mai 2025
Zeit	19.30–20.40 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Gashi Hilmi
Mitglieder	Anliker Sophia, Arnold Luc, Balmer Thomas, Bless Adrian, Buff Ronald, Eggli Caterina, Engel Carmen, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Held Lorenz, Kaczala Gregor, Kearns Francine, Koelbing Martin, Lauper Reto, Legler Bettina, Legler Vanessa, Lucas Christoph, Mäder Renate, Messerli Patricia, Racine Raphaël, Reich Julien, Sager Manuel, Schenk Johanna, Scherrer Annette, Siebenrock-Häberli Charlotte, Soder Rolf, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo, Zloczower Emanuel, Zurlinden Noémie
Stimmenzählende	Matter Andreas, Schnyder Kathrin
Vertreter des Gemeinderats	Köbeli Jan, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Bircher Laura, Grubwinkler Christa, Häuselmann Bernhard, Klopstein Carole, Siegenthaler Muinde Gabriele
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Balmer Sascha, Finanzverwalter, (Traktanden 2 und 3)
Entschuldigt abwesend GGR:	Beck Hanna, Grütter K. Urs, Liechti Erika, Müller Kearns Alan, Perler Sandra
	GR: –
Protokoll	Schweizer Corinne

Geschäfte 9

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 29. April 2025	102
2.	Jahresrechnung 2024 der Gemeinde Muri bei Bern	102
3.	Stand der Investitionsrechnung 2025 (Realisierungsgrad)	108
4.	Legislaturziele 2025–2028	109
5.	Motion Reich (FDP/JF-Fraktion): Einführung digitaler Jahresparkkarten	113
6.	Interpellation Racine (SP), Messerli (forum): Endlich bezahlbare Ferienbetreuung!	115
7.	Interpellation Schnyder (SP): Verbot von lautem Feuerwerk an Silvester	115
8.	Informationen des Gemeinderats / der parlamentarischen Kommissionen	116
9.	Neue parlamentarische Vorstösse	117

Der Vorsitzende: Geschätzte Anwesende, ich begrüsse alle zur 452. Parlaments-sitzung des Grossen Gemeinderats (GGR) von Muri-Gümligen. Liebe Gäste, liebe Pressevertreterinnen und Pressevertreter, willkommen. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend, wir sind somit beschlussfähig. Zu den Gästen: Heute ist unser Finanzverwalter Sascha Balmer zur Auskunftserteilung anwesend. Begrüssen möchte ich auch Carmen Engel von der SP. Ich wünsche Dir viel Spass und viel Erfolg in Deinem Amt als Parlamentsmitglied von Muri-Gümligen. Herzlich willkommen.

Carmen Engel (SP): Merci vielmals.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 29. April 2025

Der Vorsitzende: Das Protokoll wurde Euch am 7. Mai per E-Mail zugestellt.

Das Protokoll vom 29. April 2025 wird stillschweigend genehmigt.

2. Jahresrechnung 2024 der Gemeinde Muri bei Bern

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist, wie gesagt, Sascha Balmer, unser Finanzverwalter, anwesend.

Luc Arnold (GPK): Ich halte gleich das GPK-Votum für beide Finanztraktanden, sowohl für die Jahresrechnung 2024 der Gemeinde Muri bei Bern als auch für das Geschäft Stand der Investitionsrechnung 2025, Realisierungsgrad. Die GPK hat beide Geschäfte an der Sitzung vom 14. Mai besprochen. Anwesend war Finanzverwalter Sascha Balmer wie auch Gemeindepräsident Jan Köbeli. Wir konnten Fragen stellen, diese wurden beantwortet. Wir kamen zum Schluss, dass beide Geschäfte in gewohnt guter Manier transparent, nachvollziehbar und korrekt aufbereitet sind. Wir empfehlen Euch deshalb, auf die beiden Geschäfte einzutreten.

Jan Köbeli (GR-Präsident): Wir dürfen Euch heute ein erfreuliches Ergebnis vorweisen. Der Gesamthaushalt schliesst mit einem Plus von rund CHF 1,3 Mio. vor Einlagen in die finanzpolitischen Reserven. Budgetiert war ein Minus von rund CHF 2,1 Mio. Das entspricht einer Abweichung zum Budget von rund CHF 3,4 Mio. Wir sind eine Gemeinde mit vielen guten Steuerzahlenden. Das ist ein Segen. Aber bei der Erstellung des Budgets kann es eben auch ein Fluch. Wir sind nicht eine ganz kleine Gemeinde mit ein paar wenigen Einwohnern, bei der man einfach die Anzahl Bürgerinnen und Bürger mit einem fixen Betrag multiplizieren kann, und dann kommt man auf irgendeine Zahl. Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern von einzelnen vermögenden Personen in unserer Gemeinde variieren von Jahr zu Jahr sehr stark, was eine

Vorausberechnung sehr schwierig macht. Auch die Steuerberechnungen der Unternehmen sind wirklich eine Herausforderung. So haben beispielsweise einige Unternehmen im Jahr 2024 gleich zwei Steuerjahre zusammen beglichen. Das hat natürlich einen recht viel höheren Betrag oder Ertrag eingebracht, und auch das kann man schlicht nicht vorausberechnen. Wir müssen wohl lernen, auch in Zukunft mit solchen Abweichungen zu leben. Ich danke Sascha Balmer und seinem Team für die ausgezeichnete Buchführung. Merci vielmals für die tolle Arbeit.

Ich sage auch gleich noch etwas zur Investitionsrechnung 2025. Wir gehen von einem Realisierungsgrad von 88 Prozent aus. Das mag eher hoch sein. Aber doch ist diese Zahl nicht irgendwie aus der Luft gegriffen, sondern es hat einen Zusammenhang mit diversen Projekten, die in letzter Zeit sehr gut vorankamen. Das ist beispielsweise die Renovation des Gemeindehauses oder auch die Renovation des Schulhauses Melchenbühl. Dabei gehen wir davon aus, dass wir in diesem Jahr diverse sehr grosse Rechnungen erhalten werden und sie auch gleich in diesem Jahr verbuchen können, was wiederum einen positiven Effekt auf die Investitionsrechnung 2025 haben wird.

Wir kommen aber im Oktober noch einmal mit der Investitionsrechnung und einem Ausblick bis Ende Jahr. Dazu können wir sagen, dass diese Zahl sicher verlässlicher und auch genauer sein wird. Voilà. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Ich möchte kurz darauf hinweisen, dass die Behandlung des Geschäfts Jahresrechnung keine Budgetdebatte ist. Diese führen wir dann ausgiebig in der zweiten Jahreshälfte.

Bei diesem Traktandum erübrigt sich die Eintretensfrage. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend kapitelweise Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Lorenz Held (FDP): Der Jahresabschluss 2024 fiel wieder weit besser aus als budgetiert, wie in sieben von zehn Fällen in den letzten Jahren. Eigentlich ist das erfreulich, sehr erfreulich. Eigentlich. Wir schliessen um rund CHF 3,6 Mio. besser ab. Aber wir haben über CHF 5 Mio. mehr Steuern eingenommen, als wir wollten. Wir haben es vom Gemeindepräsidenten gehört, es ist schwierig vorherzusagen, weil auch noch Vorjahre einfließen. Wir haben also etwa CHF 1,5 Mio. mehr ausgegeben als geplant – buchhalterisch. Wir haben offensichtlich nicht ein Einnahmenproblem, sondern wir haben ein Ausgabenproblem, und diese Entwicklung besorgt die FDP. Die Steuergelder sprudeln und die Ausgaben auch. Das müssen wir im Auge behalten.

Die Einlage in die finanzpolitische Reserve ist recht und gut. Jetzt summieren sich der Bilanzüberschuss und die genannte Reserve auf über CHF 45 Mio. Was erklärungsbedürftig ist: Wie sollen wir denn dereinst dieses Geld, das ja ausschliesslich zur Deckung künftiger Aufwandüberschüsse verwendet werden kann – dabei spreche ich vor allem von den finanzpolitischen Reserven –, für Investitionen verwenden? Wir müssten in den betreffenden Jahren Defizite einplanen. Sonst kommen wir nicht an dieses Geld. Werden wir als Parlament bereit sein, solche Budgets zu verabschieden? Das bezweifeln wir. Stattdessen dürfte dann plötzlich eine Erhöhung der Steuern im Fokus stehen, und da werden wir als FDP sicher gut hinschauen.

Wir haben die Entwicklung vorausgesehen, und wir haben eigentlich recht erhalten. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass der aktuelle Weg ein Holzweg ist, und dieser führt auch noch in eine Sackgasse. Kommt hinzu, dass ab dem Jahr 2026 keine finanzpolitischen Reserven mehr gebildet werden können durch zusätzliche Abschreibungen. Der Bilanzüberschuss wird dann noch grösser. Um diesen

abzubauen, gibt es genau zwei Möglichkeiten: Mehr ausgeben oder weniger einnehmen. Wir haben die Wahl. Zweitens sinken ab dem Jahr 2026 die Abschreibungen im Verwaltungsvermögen, zum Beispiel für unsere Schulbauten, um zirka ein Viertel, weil die Abschreibungsdauer in HRM2 von 25 Jahre auf 33 Jahre erhöht wird. Auch das wird unsere Rechnung entlasten.

In diesem Sinn fordern wir den GR auf, seine Finanzpolitik so auszurichten, dass wir den vielleicht steinigen Weg raus aus dieser Sackgasse finden. Falls es noch nicht angewendet wird: Das Amt für Gemeinden und Raumordnung stellt mit dem Excel-Tool «Entwicklung Gemeindefinanzen» ein interessantes Tool zur Verfügung, um diese Entwicklung im Dialog mit dem Parlament zu diskutieren.

Noch eine Anmerkung zum Realisierungsgrad. Mit 65 Prozent ist er etwa drei Basispunkte besser als im Vorjahr. Der Wert ist aber immer noch tief. Wir sprechen von CHF 8,2 Mio., die wir nicht wie geplant investieren konnten. Das ist projektabhängig. Das ist auch zu verstehen. Es liegt aber offensichtlich auch an den Ressourcen. Wir haben beschränkte Ressourcen in unserer Gemeinde, und dabei spreche ich jetzt einmal von den Personalressourcen und nicht vom Geld. Wir erwarten vom GR, dass er diese Planung realistisch und auf Basis der vorhandenen Ressourcen vornimmt. Eine Planung, die dauerhaft nur zu zwei Dritteln erfüllt wird, ist nicht glaubwürdig. Es kann auch zu falschen Entscheidungen führen. Ganz abgesehen davon, dass man entsprechende Finanzmittel auch vorhalten muss.

Es gibt aber auch Lob von der FDP. Muri-Gümligen wirtschaftet gut und arbeitet sorgfältig. Unser herzlicher Dank an die ganze Verwaltung und an den GR. Die Gemeinde erbringt gute Leistungen zuhanden von Bürgerinnen und Bürgern. Das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt.

Wir als Verantwortliche in Exekutive und Legislative dürfen aber nie vergessen, wer unsere Kundinnen und Kunden sind: Die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Gemeinde. Wir dürfen aber auch nie vergessen, wer das Ganze finanziert: Die Steuerzahlenden, Private und Unternehmen. Wenn das aus dem Gleichgewicht gerät, geschätzte Damen und Herren, dann wird es schwierig. Die FDP ist konstruktiv und bereit, Lösungen zu finden und die entsprechenden Prozesse zu optimieren – da sind wir auch im Dialog –, damit es in der Zukunft eben nicht schwierig wird.

Jetzt erlaube ich mir noch, eine einfache respektive eine mündliche Anfrage zu stellen, damit ich nicht zweimal auftauchen muss. Wir haben an der letzten Sitzung erfahren, dass eine Reorganisation in der Verwaltung geplant ist und eine Ad-interim-Lösung für die Gemeindeschreiberin, die in ihre wohlverdiente Pension geht. Wir haben dazu zwei Fragen. Erstens, was sind die Mehrkosten der externen Lösung, die man ad-interim hat? Zweitens, was ist der Fahrplan, das geplante Vorgehen dieser Reorganisation? Danke vielmals für Eure Aufmerksamkeit.

Martin Koelbing (forum): Das forum dankt dem GR und dem Team von Sascha Balmer für die sorgfältige, transparente und umsichtige Jahresrechnung. Es ist erfreulich, dass der Bilanzüberschuss zusammen mit den finanzpolitischen Reserven CHF 40,84 Mio. beträgt, dass der Nettoverschuldungsquotient negativ ist, dass der Zinsbelastungsanteil bei 0,12 Prozent liegt und dass die Verschuldung pro Einwohnerin und pro Einwohner unter null ist. Erfreulich ist auch, dass der Investitionsanteil, auch wenn es nur wenig ist, gegenüber dem Vorjahr etwas höher ist.

Danken möchten wir auch, dass der GR noch eine Möglichkeit fand, das Bärtschihus zusätzlich zu unterstützen. Das dünkt uns etwas sehr Wichtiges. Sorgen macht uns die künftige Entwicklung, die grossen Projekte, die wir nach wie vor im Bereich der Schulhäuser und im Bereich der Fernwärme haben. Wenn man, wie wir bereits vom Vorredner gehört haben, nach den Gründen der guten Rechnungsablage sucht, dann – erlaubt mir das als Anregung für die künftigen Planungen – taucht auf S. 4 ein Satz auf, der seit zwanzig Jahren in fast jeder Rechnungsablage auftaucht. Hier steht nämlich, dass der gute Rechnungs-

abschluss den Steuererträgen der natürlichen Personen aus den Vorjahren geschuldet ist. Das ist zwar nicht falsch, aber es ist auch nicht richtig. Weshalb nicht? Denn es gibt keine Verwaltung wie die bernische Steuerverwaltung, die erstens so exakt arbeitet und die immer aus den Vorjahren Steuererträge hat. Zweitens, weil es bei Gemeinden in dieser Grösse immer Personen gibt, die eben mehr beitragen.

Hingegen gäbe es durchaus vier Situationen, von denen ich dem GR empfehle, sie im Auge zu behalten. Die erste Situation ist, dass wir seit 30 Jahren, ungefähr von 1995 bis 2015, praktisch ein Nullwachstum hatten, immer ungefähr 12'500 Einwohner. In den letzten Jahren haben wir ein stärkeres Wachstum. In den zwei Jahren, die für die Steuereinnahmen des letzten Jahres besonders ins Gewicht fallen, den Jahren 2022 und 2023, war das Bevölkerungswachstum von Muri-Gümligen grösser als bei Kanton und Gemeinde. Im Jahr 2022 nahm Muri 0,6 Prozent zu, Bern und der Kanton nur 0,4 Prozent. Im Jahr 2023 nahm Muri ebenfalls 1,6 Prozent zu, die Stadt Bern um 1,4 Prozent und der Kanton Bern um 1,2 Prozent. Natürlich ist das in absoluten Zahlen wenig. Aber die Bevölkerungsentwicklung für alle künftigen Planungen im Auge zu behalten, ist doch interessant. Denn sie spiegelt vor allem das verdichtete Bauen. Das sieht man zum Beispiel in der Mettlen, es war lange Standard. Vor 40 Jahren sagte man: Für ein Einfamilienhaus sind so etwa 1000 Quadratmeter Land gut. Jetzt sagt man das eben anders. Jetzt sagt man, man könnte es besser nutzen. Das führt doch dazu, dass mehr Menschen hier wohnen können.

Die zweite, die dritte und die vierte Überlegung kennt Ihr alle, aber sie wurden von meinem Vorredner noch nicht erwähnt, weil er sich wahrscheinlich gesagt hat, das wissen sowieso alle. Es lohnt sich trotzdem. In den letzten zwei Jahren hatten wir eine hervorragende Börse und eine hervorragende Konjunktur, und fast alle Unternehmen, inklusive Kanton Bern, haben ihren Angestellten eine Reallohnerhöhung gewährt. Ihr alle wisst, wie das in den künftigen Jahren sein wird: Es ist mehr als nur unsicher. Deshalb lobe ich und lobt das forum die Nüchternheit des GR, dass er nicht in Euphorie verfällt, sondern uns das Ergebnis sachlich und zurückhaltend präsentiert hat. Herzlichen Dank.

Luc Arnold (SP): Wir danken zuerst einmal auch gleich Sascha Balmer und seinem Team für die Aufbereitung dieser Unterlagen, die uns heute vorliegen. Die Fraktion der SP Muri-Gümligen ist über den guten Abschluss 2024 natürlich erfreut. Wir kamen zu einem etwas anderen Schluss als die FDP. Wir fanden, es sei im vergangenen Jahr doch eine recht gute Budgetdisziplin gewesen.

Wenn man die Rechnung genug genau anschaut, sieht man auch, dass es gewisse Sondereffekte gab. Beispielsweise haben wir, wenn wir mehr Einnahmen haben, auch höhere Einzahlungen in gewisse Lastenausgleiche; wir hatten den Ausgleich der Spezialfinanzierung Kindertagesstätte et cetera. Das hat die Ausgabenseite natürlich auch noch etwas belastet, nebst dem Teuerungsausgleich für Löhne und natürlich auch dem Landesindex der Konsumentenpreise, der gestiegen war. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren war es doch auch im letzten Jahr wieder eine sehr hohe Ausgabendisziplin.

Schwieriger planbar, darüber haben wir schon gesprochen, sind natürlich die Einnahmeseiten. Das hat sich dieses Jahr auch wieder gezeigt. Was für uns aber wichtig ist, ist, dass wir mit diesen 10 Steuerzehnteln Reserve, die wir haben, eine gute Ausgangslage haben, um den laufenden und anstehenden Investitionsprojekten auch begegnen zu können. Die Umsetzung dieser Projekte wird die zukünftigen Jahresergebnisse, wie Lorenz vorhin richtig sagte, natürlich belasten. Wir haben auf der einen Seite einen höheren Fremdkapitalbedarf. Das wird zwangsweise auch zu höheren Zinsausgaben oder Zinskosten führen, und die Amortisationen werden logischerweise auch steigen bei dem Volumen, das wir investieren. Vielleicht noch eine Anmerkung. Wir haben schon jetzt 33 Jahre, die wir abschreiben. HRM2 kommt schon seit einiger Zeit zum Tragen.

Das Polster, das wir jetzt haben, ist wichtig und richtig, damit wir die zukünftigen und kommenden Aufwandüberschüsse, die wir haben werden, decken können. Ich denke, es ist auch für einen Steuerzahler in der Gemeinde am Schluss attraktiver, wenn man eine einigermaßen gleichmässige Steuerbelastung hat, als wenn wir jetzt vielleicht ein Goodie geben und ein paar Steuerzehntel runtergehen, um dann wieder um ein Dreifaches raufgehen zu müssen, wenn die Amortisationen in der Rechnung sind.

Ich sage auch noch ein Wort zum Stand der Investitionsrechnung 2025. Wir sind erfreut, dass der Realisierungsgrad so hoch ist, also diese 88 Prozent. Es sind dringend notwendige Investitionen in unsere Infrastruktur. Dass diese mit der nötig hohen Kadenz realisiert werden können, begrüssen wir natürlich sehr. Wir nehmen deshalb vom Zwischenstand der Investitionsrechnung Kenntnis und werden die Jahresrechnung genehmigen.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Ich möchte mich im Namen der Grünen ebenfalls für die übersichtliche Darstellung der Jahresrechnung bedanken, und auch wir finden natürlich erfreulich, dass wir als Gemeinde finanziell so gut dastehen. Das Muster, das wir in den letzten Jahren in unseren Rechnungen hatten, war eigentlich immer etwa das Gleiche. Es wurde auch schon gesagt. Wir haben eine wahnsinnige Budgetdisziplin bei den Ausgaben und eine eher defensive Budgetierung der Einnahmen. Das hat in den letzten Jahren immer diese Überschüsse ergeben. Auch wir Grünen haben das Gefühl, wir haben ein Ausgabenproblem. Aber wir sehen es verständlicherweise etwas anders als die FDP. Wir investieren im Moment viel in unsere gemeindeeigene Infrastruktur. Das sieht man auch an den Kennzahlen, die uns zeigen, dass die Verschuldung zunimmt und die Investitionen die nächsten Jahresrechnungen auch belasten werden.

Wir Grünen finden aber auch, wir müssen uns die Frage stellen, ob wir nicht auch in unser Angebot der Gemeinde und in die Menschen investieren müssen. Martin hat es gesagt, wir sind eine wachsende Gemeinde. Wir haben Tagesschulen, die immer mehr Kinder betreuen. Wir haben Menschen, die hierhin ziehen, die Erwartungen punkto Schulwegsicherheit haben. Wir haben in den letzten Jahren aber auch gewichtige Strategien verabschiedet, wie einen Landschaftsrichtplan, wie eine Klima- und Energiestrategie, die unsere Gemeinde fit für die Zukunft machen wollen.

Für uns Grüne ist es wichtig, dass sich der neu zusammengesetzte GR wirklich die Frage stellt: Was für Ressourcen brauchen wir als Gemeinde, um all das, was wir geplant haben, was wir uns strategisch vorgenommen haben in den nächsten Jahren auf den Boden zu bringen? Und vor allem auch: Wie muss unsere Gemeindeverwaltung aufgestellt sein, um das Angebot, das unsere Gemeinde braucht, auch tatsächlich unseren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern offerieren zu könne? Wir meinen damit sicher nicht, dass man jetzt ausgabenseitig überborden muss. Aber wir erwarten vom neu zusammengesetzten GR, dass er sich diese Fragen auch echt stellt.

Der Vorsitzende: Bevor wir zur Detailberatung kommen: Jan Köbeli, möchtest Du auf diese Fragen antworten? – Oder Sascha Balmer?

Jan Köbeli (GR-Präsident): Sehr gerne, ja. Lorenz, die Lösung, die wir jetzt mit «Finances Publiques» haben, löst keine Mehrkosten aus. Wir haben sie so konzipiert, dass es sogar günstiger ist, als wenn Karin Pulfer bei uns bleiben würde. Und zwar haben wir es so ausgearbeitet, dass wir nur zu 70 Prozent den im Prinzip teuersten Faktor haben, und das ist die temporäre Gemeindeschreiberin. 70 Prozent ist günstiger als 100 Prozent, als eben wenn diese Person 100 Prozent arbeiten würde. Als administrative Unterstützung haben wir bei «Finances Publiques» 20 Prozent eingekauft. Aber das ist eben wirklich eine Admin-Person, die natürlich wiederum viel günstiger ist als die Gemeindeschreiberin. Das ergibt zusammen

90 Prozent. 10 Prozent versuchen wir intern abzudecken. Mit diesem Mix kommen wir effektiv auf eine leicht günstigere Lösung, als wenn Karin noch weiterhin auf unserer Lohnliste wäre. Es löst also keine Mehrkosten aus.

Der Fahrplan ist ungefähr so: Bis im Frühling 2026 möchte der GR wissen, was wir auf dieser zentralen Schlüsselposition suchen. Dann würden wir im Frühling 2026 ausschreiben. Auf einer solchen Position rechnen wir mit einer Kündigungsfrist von etwa sechs Monaten im schlimmsten Fall. Dann würden wir im Herbst 2026 jemanden einstellen. Der Vertrag mit «Finances Publiques» läuft aus diesem Grund bis Oktober 2026. Der Vertrag ist aber jederzeit recht flexibel kündbar und auch relativ schnell. Behaftet mich nicht auf dieser Zahl, aber ich glaube, es sind vier Wochen Kündigungsfrist, die wir bei «Finances Publiques» haben. Wenn wir also bereits jemanden im Sommer anstellen können, können wir «Finances Publiques» einen Monat vorher sagen, wir kündigen, und dann sind wir aus dem Vertrag raus. Also auch da haben wir in dem Sinn kein finanzielles Risiko, das wir mit diesem langen Vertrag eingehen. Der Vertrag kann auch relativ flexibel verlängert werden. Wenn wir Mühe haben, jemanden zu finden, könnten wir «Finances Publiques» auch mit einem sehr kurzen Vorlauf von ein paar Wochen sagen, wir brauchen das 90-Prozent-Paket weiterhin. Passt das so, Lorenz? – Merci.

Franziska, zu den Ressourcen, die wir auf den Boden bringen sollen oder müssen, sage ich gerne auch gleich noch etwas. Der GR ist im Moment an der Organisationsentwicklung. Das geht zurück auf den Vorstoss des forums, der verlangt hat, dass wir einmal überprüfen, wie die Exekutive, also der GR zusammen mit der Verwaltung, organisiert ist, dass es noch zukunftsfähig ist. Wir sind jetzt dran, an dieser Organisationsentwicklung. Von dem her fragen wir uns sehr genau, welche Ressourcen wir brauchen, damit wir die PS, die wir haben oder haben wollen, auch auf den Boden bringen. Wir arbeiten daran, Du rennst mit Deinem Kommentar offene Türen ein. Merci.

Detailberatung

Kapitel 1, Berichterstattung, S. 3–11

Keine Bemerkungen

Kapitel 2, Eckdaten, S. 12–15

Keine Bemerkungen

Kapitel 3, Bilanz, S. 16

Keine Bemerkungen

Kapitel 4, Funktionen, S. 17–22

Keine Bemerkungen

Kapitel 5, Sachgruppen, S. 23–24

Keine Bemerkungen

Kapitel 6, Geldflussrechnung, S. 25

Keine Bemerkungen

Kapitel 7, Finanzkennzahlen, S. 26–28

Keine Bemerkungen

Kapitel 8, Antrag der Exekutive, S. 29

Keine Bemerkungen

Kapitel 9, Bestätigungsbericht, S. 30
Keine Bemerkungen

Kapitel 10, Genehmigung der Jahresrechnung, S. 31
Keine Bemerkungen

Kapitel 11, Anhang, S. 32–55
Keine Bemerkungen

Kapitel 12, Details zur Jahresrechnung

Bilanz, S. 59–67
Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Funktionen, S. 68–101
Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Sachgruppen, S. 102–109
Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung nach Funktionen, S. 110–115
Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung nach Sachgruppen, S. 116–117
Keine Bemerkungen

Keine Wortmeldung. Luc Arnold (GPK) und Jan Köbeli (GR-Präsident) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende: Der GR hat die uns vorliegende Jahresrechnung 2024 mit allen Bestandteilen gemäss Art. 71 der GO an seiner Sitzung vom 31. März 2025 verabschiedet. Ich verweise auf die Zahlen, die im Anhang detailliert ausgeführt sind.

Beschluss (35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
Die Jahresrechnung 2024 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 67'380 im Gesamthaushalt wird einstimmig genehmigt.

3. Stand der Investitionsrechnung 2025 (Realisierungsgrad)

Der Vorsitzende: Die Unterlagen habt Ihr schriftlich erhalten. Zur Auskunftserteilung ist nach wie vor Sascha Balmer, Finanzverwalter, anwesend. Für die GPK hat sich Luc Arnold schon beim vorhergehenden Traktandum geäussert. Für den GR hast Du Dich auch dazu geäussert, Jan Köbeli? – Das scheint der Fall zu sein.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Christoph Lucas (forum). Wir haben schon viel zu diesem Thema gehört. Wir danken dem GR und der Verwaltung für die Präsentation des aktuellen

Realisierungsgrads für das Jahr 2025. Wir haben es gehört, 88 Prozent oder CHF 18 Mio. unserer geplanten Investitionen sollten wir bis Ende Jahr verbuchen können. Wenn wir jetzt aber einen Blick in die Vergangenheit werfen, dann haben wir auch im laufenden Jahr mit weitaus tieferen Investitionsausgaben zu rechnen. Zum Beispiel wurde uns im letzten Jahr im Mai ein Realisierungsgrad von 90 Prozent prognostiziert. Effektiv sind wir dann bei 65 Prozent gelandet, also 25 Prozentpunkte tiefer, als wir angenommen haben. Im Jahr 2023 betrug diese Differenz 13 Prozent, auch wiederum gegen unten, und noch ein Jahr vorher lagen wir auch 10 Prozentpunkte tiefer als effektiv angenommen.

Gehen wir also von ähnlichen Annahmen aus wie in der Vergangenheit, dann werden wir Ende 2025 wohl bei rund 72 Prozent landen oder knapp CHF 15 Mio. Und es gibt immer gute Gründe, weshalb wir den Investitionsplan nicht werden ausschöpfen können. Was wir damit sagen wollen: Die Griffigkeit dieses Reportings zum Realisierungsgrad stellen wir etwas in Frage. Ich persönlich bin jetzt zum Beispiel seit vier Jahren im Parlament und habe diese Zahlen jeweils im Mai und im Oktober zur Kenntnis genommen. Aber irgendwie habe ich nicht so recht die Konsequenzen daraus gespürt oder festgestellt.

Ich bin dann ein wenig abgetaucht in Protokolle und habe recherchiert, warum wir dieses Reporting überhaupt erhalten. Ursprünglich wollte man damit erreichen, dass man jeweils bei etwa 85 Prozent Realisierungsgrad landet, dass das eben sichergestellt ist. Aber gerade dieses Anliegen wurde aus meiner oder unserer Sicht nicht erreicht. Der Realisierungsgrad hat sich eigentlich sogar noch verschlechtert. In den Jahren 2008–2021 hatten wir einen Schnitt von 70 Prozent Realisierungsgrad, und seit wir dieses Reporting haben, die letzten drei Jahre, sind wir bei 60 Prozent gelandet. Jetzt genug von diesen Zahlen.

Wir vom Forum trugen damals die Motion «Realisierungsgrad von Investitionen nachhaltig steigern» im Jahr 2020 mit. Wir haben sie auch verfasst, gemeinsam mit anderen Parteien. Heute hinterfragen wir den Nutzen dieser Kennzahl aber ein wenig. Man kann auch gescheitert werden, und vielleicht – wir haben es im Protokoll noch einmal gelesen –, gäbe es auch bessere Kennzahlen als jetzt dieser Realisierungsgrad.

Zum Schluss einfach die Anregung an den GR, er könnte sich vielleicht Gedanken machen, dieses Reporting auch wiederum einzustellen. Dies, weil der Aufwand, dieses Reporting zu generieren zwar vielleicht nicht allzu gross ist, aber der Nutzen ist aus unserer Sicht auch nicht so wahnsinnig. Merci vielmals.

*Luc Arnold (GPK) und Jan Köbeli (GR-Präsident) verzichten auf ein Schlusswort.
Kein Rückkommen.*

Vom Stand der Investitionsrechnung 2025 (Realisierungsgrad) wird Kenntnis genommen.

4. Legislaturziele 2025–2028

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Da es sich um eine Kenntnisnahme handelt, hat die GPK die Unterlagen angeschaut und verzichtet auf eine Wortmeldung.

Jan Köbeli (GR-Präsident): Die Legislaturziele 2025–2028 liegen Euch vor. Der GR hat sich Anfang Jahr zu zwei sehr intensiven, längeren Klausuren getroffen und die Legislaturziele zusammen ausgearbeitet. Wie Ihr seht, wurden wir etwas übersichtlicher. Das Dokument wurde lesbarer, und wir wurden auch etwas schlanker in dem, was wir hineingeschrieben haben. Früher hatten wir 55 Ziele und

79 Massnahmen. Mit früher meine ich die vorangegangene Legislatur. Jetzt haben wir neu noch 10 Ziele und 66 Massnahmen. Das soll ein Stück weit signalisieren: Wir fokussieren uns, wir setzen Prioritäten, ohne dass aber eine Verzettlung stattfinden soll, weil wir sehr viele oder zu viele Ziele oder Massnahmen hineingeschrieben haben.

Wenn ich sehr kurz ein paar Dinge aus den Legislaturzielen herauspicken darf, die uns in den nächsten vier Jahren beschäftigen werden. Es sind vor allem Infrastrukturprojekte, die uns beschäftigen werden. Die Turnhalle Moos, das Schulhaus Horbern, die Fernwärme, die wir in irgendeiner Art und Weise vorantreiben müssen. In der Ortsplanung sind wir am Lischenmoos, am Fünfeck und am Zentrum Gümligen, die wir weiterhin vorantreiben wollen. Dann wollen wir uns auch um die Digitalisierung kümmern. Der GR fragt sich: Ist unsere Verwaltung noch so fit, wie sie für die heutige Zeit und für die heutigen Herausforderungen sein sollte? Weiter natürlich, wie vorhin bereits erwähnt, die Organisationsentwicklung: Ist der GR als Gremium zusammen mit der Verwaltung noch so organisiert, dass er und die Verwaltung zukunftsfähig sind? Das sind ein paar Schwerpunkte respektive die grossen Brocken. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Angelo Zaccaria (SP): Ich rede nur sehr kurz, das verspreche ich. Ich bin auch etwas erkältet und möchte nicht wiederholen, was Jan schon gesagt hat. Die SP-Fraktion begrüsst ausdrücklich, dass wir jetzt eine so schlanke Legislaturplanung vorliegend haben, die etwas operationalisierbarer ist, die etwas konkreter ist, und das finden wir sehr sinnvoll und danken für die Arbeit, die der GR hineingesteckt hat.

Zwei, drei positive Aspekte: Infrastrukturprojekte, die wir, Du hast es gesagt, gut finden; all diese ökologischen Aspekte, die wir gut finden; dass wir bei der Digitalisierung weitergehen; dann aber beispielsweise auch die Kommunikationsstrategie, bei der wir denken, dass es dringend nötig ist, dass man vorangehen möchte.

Und doch gibt es, wie es sich für die SP gehört, ein paar Unkenrufe. Wir sehen, dass sozialpolitische Schwerpunkte etwas fehlen. Es ist, fair enough, überall ein wenig verteilt. Es ist schon da. Aber zum Beispiel bezahlbarer Wohnraum, Armutsprävention, Gleichstellung, soziale Integration und vor allem eben auch das Thema der Vielfalt, der Diversity. Wir haben eine Diversity-Strategie verabschiedet, und diese kommt eigentlich nirgendwo vor. Da hätte ich mir persönlich einen etwas grösseren Schwerpunkt gewünscht.

Aber eben, es ist ein Kompromiss. Der Rat besteht aus verschiedenen Parteien, und wenn alle ein wenig unzufrieden sind, dann ist es wohl gut. In dem Sinn danken wir sehr für die Erarbeitung und das Vorlegen dieser Strategie. Merci.

Patricia Messerli (forum): «Es genügt nicht, die Dinge richtig zu tun. Man muss auch die richtigen Dinge tun.» Mit diesem Zitat möchte ich mein Votum starten. Unsere Fraktion begrüsst die vorliegenden Legislaturziele. Die neue Struktur ist verständlicher und ermöglicht eine bessere Einordnung der Schwerpunkte. Als positiv werten wir auch, dass zentrale Zukunftsthemen wie Klima, Digitalisierung und Bildung, klar formuliert werden. Die gute Herangehensweise zeigt auch, dass viele dieser Themen jetzt nicht mehr isoliert betrachtet werden, sondern als Querschnittsaufgaben angesehen werden. Sie betreffen also verschiedene Gemeinderäte. Wir hatten bei uns noch ein paar Verständnisfragen. Zum Beispiel haben wir jetzt in den Legislaturzielen erstmals erfahren, dass es scheinbar Abklärungen zu einem

gymnasialen Standort gibt. Wir finden das grundsätzlich eine gute Sache. Aber bei einem weiteren Gymnasium in unserer Gemeinde muss man sich auch gut überlegen, wie es zum Beispiel mit der Verkehrssituation aussieht. Aber eben, grundsätzlich begrüßen wir, dass Abklärungen getroffen werden. Die Stärkung eines solchen Bildungsangebots würde natürlich auch die Attraktivität unserer Gemeinde als Wohnort entscheidend erhöhen.

Bei uns ist noch etwas Weiteres aufgetaucht. Es hat ein Ziel, in dem man von einem übergeordneten Elternrat spricht. Hier denken wir, dass man wohl eher einen standortübergreifenden Elternrat gemeint hat. Es ist uns nicht ganz klar, was mit übergeordnet gemeint ist. Denn er sollte ja nicht irgendwie über uns oder über den Schulleitern stehen. Zuletzt vielleicht noch eine kleine Kritik. Wir denken, in der heutigen Zeit könnte man es auch visuell etwas besser aufbereiten. Gerade auch, wenn sich die Legislaturziele auch an die Bevölkerung richten, könnten man es noch etwas übersichtlicher und graphisch ansprechender gestalten. Es gibt heute auch KI-Tools. Bereich Digitalisierung in der Verwaltung – vielleicht könnte das jemand von den Lernenden machen oder sonst jemand, der da besondere Kenntnisse hat. Dann käme die gute inhaltliche Arbeit auch optisch besser zur Geltung. Wir danken dem GR für die sorgfältige Ausarbeitung. Merci.

Emanuel Zloczower (FDP): Die Fraktion dankt dem GR ebenfalls, dass wir hier im GGR Eure Legislaturziele zur Kenntnis nehmen können. Ich gehe einig mit Angelo und auch mit dem, was Du gesagt hast, Jan. Es macht Sinn, dass sich der GR jetzt auf nur noch zehn Ziele konzentriert. Das ist, denke ich, wesentlich besser als vorher. Man sieht, dass Ihr Euch wirklich fokussieren wollt. Wir werden nicht auf alle Ziele und Massnahmen eingehen. Im Grossen und Ganzen unterstützen wir sie. Wir finden sie gut. Man kann auch nichts gegen diese Ziele haben.

Allerdings möchte wir Euch dann auch am ersten Ziel messen, das heisst: «Die Gemeinde handelt haushälterisch, nachhaltig und wirkungsorientiert». Ihr könnt es Euch vorstellen: Haushälterisch und wirkungsorientiert liegt unserer Fraktion besonders am Herzen. Wir gehen davon aus, dass Ihr auch die anderen Ziele und Massnahmen nach diesen übergeordneten Grundsätzen abhandeln werdet. Weiter hat sich auch bei uns noch eine kleine Frage gestellt, und zwar zu Massnahme 3.8. Uns war nicht bekannt, was der Vorschlag «Energiregion Aaretal» ist, den man mit anderen Partnergemeinden diskutiert würde. Vielleicht kann man das auch noch kurz sagen. Merci vielmals.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Ich kann mich sehr vielem anschliessen, das schon gesagt wurde. Auch wir finden es übersichtlicher mit dieser neuen Systematik und weniger schwerfällig als die grosse Tabelle, die uns bisher präsentiert wurde. Wir haben es ein wenig wie Angelo. Wir haben die sozialen Schwerpunkte auch etwas vermisst. Beziehungsweise hatten wir beim genaueren Hinschauen das Gefühl, vielleicht seien die sozialen Schwerpunkte auch einfach etwas in den Zielen versteckt. So will der GR ein Angebot der «sorgenden Gesellschaft» entwickeln und etablieren. Das geht, denken wir, dann in die soziale Richtung.

Aber damit komme ich auch gleich zu einem weiteren Punkt, bei dem wir eine leise Kritik anführen. Inhaltlich stimmt der Kompass. Aber die Massnahmen sind auf recht unterschiedlichen Ebenen. Zum Teil haben wir recht konkrete Massnahmen wie die Schaffung eines Elternrats. Darunter können wir uns alle etwas vorstellen. Aber eben, was ist jetzt das Angebot einer «sorgenden Gesellschaft»? Oder ich kann noch ein anderes Beispiel nehmen: «Die baurechtlichen Vorschriften zur Förderung einer nachhaltigen Bautätigkeit entfalten eine positive Wirkung.» Ich hoffe, dass Ihr wisst, was Ihr damit meint. Mir ist es nicht ganz klar. Beziehungsweise, was ist denn eine positive Wirkung? Das kann sehr wenig sein oder sehr viel sein.

Wir denken, damit man mit diesen Legislaturzielen wirklich arbeiten kann, bräuchte es wohl auch Indikatoren, die anzeigen, wann ein Ziel erreicht ist. Denn schliesslich bringen solche Legislaturziele nur etwas, wenn man auch ein Monitoring machen

kann, wenn man während der Legislatur auch prüfen kann: Sind wir auf Kurs? Wir begrüßen es sehr, wenn uns der GR, so, wie er uns die Ziele jetzt am Anfang unterbreitet, auch über den Stand der Umsetzung orientiert. Das war in der letzten Legislatur nicht so, und wir würden uns sehr freuen, wenn wir Mitte Legislatur über den Stand der Umsetzung orientiert werden. Merci.

Der Vorsitzende: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünschst Du ein Schlusswort, Jan Köbeli? Es wurden ein paar Fragen an Dich gerichtet.

Jan Köbeli (GR-Präsident): Zum Gymnasium: Der Kanton hat uns gefragt, und wir haben einmal angebissen und haben zugehört. Die Gespräche stehen noch ganz am Anfang. Wir hatten bisher ein Gespräch mit dem Kanton. Es verlief sehr konstruktiv. Der GR ist auch der Meinung, es wäre ein Standortvorteil für unsere Gemeinde. Deshalb wollen wir das Projekt in den nächsten vier Jahren auch weiterverfolgen. Wir wollten ihm eben auch ein gewisses Gewicht geben. Deshalb haben wir es in die Legislaturziele aufgenommen. Es werden weitere Gespräche stattfinden, einerseits mit Immobilieneigentümern bei uns in der Gemeinde und andererseits auch weiterhin mit dem Kanton. Aber diese Gespräche stehen, wie gesagt, ganz am Anfang. Wir hoffen, wir können in zwei oder vier Jahren etwas Konkretes liefern. Aber wir haben schon gemerkt, dass es, wenn man ein Gymnasium neu planen oder neu bauen würde, natürlich viel länger als vier Jahre gehen würde. Dann sprechen wir von einem Zeithorizont von 10 Jahren plus. Das hat der Kanton auch gesagt. Aber auch die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Diesen haben wir in Bezug auf ein Gymnasium jetzt einmal gemacht. Natürlich sind wir uns sehr wohl bewusst, was es für den Verkehr bedeutet, was es für den Dichtestress bedeutet, was es für die Zu- und Abflüsse dieser Personen bedeutet, was es für das lokale Gewerbe bedeutet. Das haben wir alles auf dem Radar, und wir beziehen es natürlich in die Planung mit ein, das ist klar. Voilà. Möchte zu den anderen Themen jemand von meinen GR-Kolleginnen, GR-Kollegen noch etwas sagen?

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Ich würde etwas zur Energieregion sagen. Das Thema Energieregion ist ebenfalls etwas, das ganz am Anfang steht. Da ist also noch gar nichts passiert. Ich weiss einfach, dass es in der Region Seeland eine Energieregion gibt. Es gibt auch eine in Thun und den umliegenden Gemeinden. Ich weiss nicht, ob sie gleich aufgestellt sind. Das habe ich noch nicht untersucht. Aber ich könnte mir vorstellen, dass es gewisse Themen gibt, die wir mit unseren Nachbargemeinden entlang des Aaretals teilen. Ich denke auch, dass wir unter Umständen Synergien nutzen könnten. Ich denke zudem, dass Muri-Gümligen vielleicht ein wenig in einer Vorreiterrolle ist. Wir haben auch andere Ressourcen und andere Möglichkeiten als andere Gemeinde. Je nach dem wäre es auch schick, wenn wir unsere Erkenntnisse quasi ohne Aufwand teilen und anderen zur Verfügung stellen könnten. Aber das ist, wie gesagt, erst einmal eine Idee. Es ist sicher nicht das Erste, das wir bei den Legislaturzielen anpacken werden. Aber ich fände es spannend, in den nächsten vier Jahren einmal bei den anderen Gemeinden anzuklopfen und zu schauen, ob und in welcher Form sie mit dieser Idee etwas anfangen können.

Kein Rückkommen.

Von den Legislaturzielen 2025–2028 wird Kenntnis genommen.

5. Motion Reich (FDP/JF-Fraktion): Einführung digitaler Jahresparkkarten

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Markus Bärtschi (GR): Der GR dankt dem Motionär Julien Reich für diese Idee. Sie ist so gut, dass sie bereits umgesetzt ist. Ab 1. Juni werden alle von uns ausgestellten Parkkarten auf der App «Parkingpay» digital hinterlegt, die wir bereits für das Kurzzeitparkieren anbieten. Es vereinfacht die Arbeit des Kontrollorgans, weil bei allen Fahrzeugen die Abfrage, ob bezahlt wurde, über die Nummer erfolgen kann. Egal, ob für eine Viertelstunde oder für ein Jahr.

Auch können ab 1. Juni die Jahreskarten beantragt werden. Man muss sich qualifizieren, das heisst, man muss Voraussetzungen erfüllen. Man kann darüber den Antrag stellen, die Verwaltung prüft ihn und gibt es frei. Wenn es freigegeben ist, kann man über die App die Jahreskarte lösen. Wer seine Jahresparkerlaubnis so bezieht, erhält keine papierene Karte mehr. Die Daten sind im Account auf der App gespeichert, die jeder selbst einrichten muss. Diesen kann man auch auf einem neuen Gerät wieder aktivieren, dann ist die Karte wieder drauf. Aber wenn alle Stricke reissen, sind die Informationen bei der Gemeinde auch vorhanden. Wir wissen also, wer eine Jahresparkkarte bestellt und bezahlt hat.

Der bisherige Weg, der Bezug einer Parkbewilligung am Schalter, bleibt vorläufig weiterhin möglich, wie auch die Möglichkeit zur Barzahlung des Parktickets als Alternative zum digitalen Bezug vorläufig weiterhin angeboten wird. Wirtschaftlich ist das nicht. Aber die Parkplatzbewirtschaftung dient bekanntlich nicht dem Erzielen von Einnahmen, sondern dem Verfügbarmachen und der Verteilung der vorhandenen öffentlichen Parkplätze – in den Zonen, in denen wir einen erhöhten Nutzungsdruck haben. Es ist eine laufende Diskussion mit den Quartieren und mit den Leisten, wo es allenfalls auszudehnen ist. Aber dabei gibt es natürlich Gewinner und Verlierer. Eben, es braucht einen gewissen Leidensdruck aus dem Quartier, damit es mehrheitsfähig ist, und dann kann man es auch anpassen.

Eine Anleitung für den digitalen Bezug ist verfügbar. Wir werden aktiv auf diese Möglichkeit hinweisen. Eine gewisse Unterstützung am Schalter können wir bieten. Aber wer für die Installation einer App, die Eröffnung eines Accounts und die Nutzung einer App Unterstützung braucht, ist wahrscheinlich mit der bisherigen Lösung besser bedient. Die Fälle, die mit dem originalverpackten iPhone und dem Brief mit der Sim-Karte an den Schalter kommen und sagen, sie möchten jetzt in die digitale Welt einsteigen, brauchen mehr Unterstützung als wir realistischer- und vernünftigerweise am Schalter bieten können. Aber auch für diese gibt es entsprechende Angebote.

Das Anliegen der Motion ist umgesetzt. Der GR beantragt die Überweisung und die anschliessende Abschreibung der Motion. Merci.

Julien Reich (JF): Nur ganz kurz, merci für die gute Antwort und die schnelle Umsetzung.

Der Vorsitzende: Das war wirklich sehr kurz. – Wir kommen zur Beratung.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Suzanne Fankhauser (SP): Wir von der SP-Fraktion danken für die rasche Umsetzung. Wir sind selbstverständlich sehr positiv überrascht, dass es so schnell ging. Jegliche Form von Digitalisierung ist eine Entlastung für beide Seiten, und wir finden es eigentlich immer sehr unterstützenswert.

Allerdings ist für mich das Pferd ein wenig vom Schwanz her aufgezümt. Denn: Wir sprechen von einer Parkplatzbewirtschaftung, aber ich als Bürgerin weiss nicht, welche Parkplätze bewirtschaftet werden. Mir wäre es zum Beispiel ein Anliegen, dass ich weiss, wo ich auf der Homepage oder irgendwo nachschauen kann, welche Parkplätze bewirtschaftet sind. Das heisst: Könnte ich als Bürgerin auch eine Parkkarte beantragen? Das wäre etwas, das ich zum Beispiel gerne erfahren würde. Ich erinnere an die Motion von Beat Wegmüller aus dem Jahr 2014. Er hat damals schon beantragt, man möge die öffentlichen Parkplätze doch bewirtschaften. Damals hiess es, der Leidensdruck sei nicht so gross. Markus Bärtschi hat gerade bestätigt, es sei nicht in allen Quartieren so. Allerdings hat Thomas Hanke damals auch noch argumentiert, es sei schon so, der Verkehr nehme zu. Ja, es ist jetzt 11 Jahre später, und ich denke, der Verkehr hat durchaus zugenommen. Über die Bewirtschaftung öffentlicher Parkplätze sollte man, finde ich, nachdenken dürfen. Wenn es einen Plan oder eine Liste oder eine Übersicht gäbe, selbstverständlich am liebsten digital, welche Parkplätze bewirtschaftet werden, und wo man dann direkt einen Antrag für eine Parkkarte stellen kann – eine digitalisierte, wohlverstanden –, würden wir das sehr begrüessen. Merci.

Markus Bärtschi (GR): Wir haben natürlich eine reglementarische Grundlage für diese Bewirtschaftung, die vom Rat geschaffen wurde. Wir haben eine Verordnung. Diese ist abrufbar. Sie hat Anhänge, bei denen unter anderem Karten dabei sind. Sehen, wo bewirtschaftet wird, muss man natürlich vor allem, wenn man parkiert, im Strassenraum. Es ist gemäss Signalisationsverordnung angeschrieben. Es ist da, wo man bezahlen muss. Bewirtschaftet heisst, man muss bezahlen. Lösen kann eine solche Karte jedermann, jeder Einwohner, weiter gibt es Gewerbekarten. Es gibt verschiedene Kategorien, die eigene Voraussetzungen haben. Im Zug der Information über die Möglichkeit, diese Parkkarte digital zu lösen, werden wir sicher auch wieder einmal eine Information über die Parkplatzbewirtschaftung generell publik machen.

Suzanne Fankhauser (SP): Gut, merci.

Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende: Julien Reich, Du hast Dich sehr kurzgefasst. Trotzdem, der Antrag des GR lautet auch auf Abschreibung der Motion. Willst Du Dich dazu äussern? Oder bleibt es beim Dank? – Das scheint der Fall zu sein. Wenn es kein Rückkommen gibt, schliessen wir die Beratung ab und kommen zur Abstimmung. Der Antrag des GR lautet Überweisung der Motion und gleichzeitige Abschreibung der Motion. So, wie ich es verstanden habe, bist Du mit diesem Vorschlag einverstanden, Julien. – Also, dann stimmen wir über beide Anträge ab, die Überweisung und Abschreibung der Motion.

Über den gemeinderätlichen Antrag auf a) Überweisung und b) Abschreibung wird gemeinsam abgestimmt.

Beschluss (35 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen).

Die Motion Reich (FDP/JF-Fraktion): «Einführung digitaler Jahresparkkarten» wird einstimmig überwiesen und abgeschrieben.

6. Interpellation Racine (SP), Messerli (forum): Endlich bezahlbare Ferienbetreuung!

Christa Grubwinkler (GR) verzichtet auf das Wort.

Raphael Racine (SP): Lieber Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Presse, liebe Eltern, die auf eine bezahlbare Ferienbetreuung angewiesen sind, liebe Erziehungsberechtigte, die gerne eine ideologiefreie und konfessionsneutrale Ferienbetreuung haben möchten, ich bin befriedigt von der Antwort des GR und möchte für die Beantwortung herzlich danken.

Ich ziehe kurz zwei Fazite aus der Antwort. Erstens entnehme ich der Tabelle unter Punkt zwei, dass in den letzten zwei, drei Jahren vor allem einkommensstarke beziehungsweise Mittelstandsfamilien von der Ferienbetreuung profitiert haben. Gut zwei Drittel mussten den höchsten Tarif bezahlen. Ich interpretiere es so: Erstens ist diese Ferienbetreuung eben wirklich teuer, zweitens sind es einfach Einkommensschwache, die von den Tarifen schon von vornherein abgeschreckt sind und gar nicht versuchen, da reinzukommen. Zweitens, das wird auch in der Beantwortung geschrieben, würde eine Senkung des Tarifs auf CHF 20 beziehungsweise CHF 30 die Gemeinde etwa CHF 30'000 kosten. Zum Vergleich: Der Nettoaufwand bei der Tagesschule weist laut Budget 2025 CHF 1,4 Mio. auf. Das ist um ein Vielfaches höher.

Deshalb ist für mich klar – wer A sagt, muss auch B sagen –, ich werde mit einer nächsten Motion kommen. Sie ist schon in Produktion. «13 Wochen Ferien für alle», dann hätten wir dieses Problem gelöst. – Nein. Zur Entlastung der Familien, auch gerade von Familien des Mittelstands, werde ich versuchen, einen Tarif von CHF 20 oder maximal CHF 30 anzupeilen. Vielen Dank.

Von der schriftlichen Stellungnahme des GR zur Interpellation Racine (SP), Messerli (forum), «Endlich bezahlbare Ferienbetreuung», wird Kenntnis genommen.

7. Interpellation Schnyder (SP): Verbot von lautem Feuerwerk an Silvester

Markus Bärtschi (GR) verzichtet auf das Wort.

Kathrin Schnyder (SP): Besten Dank Markus und der Verwaltung für die ausführliche und detaillierte Stellungnahme zu dieser Frage, insbesondere auch für den Hinweis, dass die Erweiterung des Lärmschutzreglements möglich wäre. Die kritischen Punkte, die diese Massnahme in der praktischen Umsetzung mit sich bringen würde, kann ich sehr gut nachvollziehen. Ich glaube aber an den guten Geist unserer Bevölkerung. Deshalb bitte ich den GR, mit Plakaten und der Publikation in den LoNa an die moralische Pflicht der Bewohnerinnen unserer Gemeinde zu appellieren, auf Feuerwerk zu verzichten, im Namen der Umwelt, der Mitmenschen und der Tiere. Merci vielmals.

Der Vorsitzende: Wird das Wort aus der Ratsmitte gewünscht?

Franziska Grossenbacher (Grüne): Nein, es gibt keine Diskussion! Sonst müssten wir darüber abstimmen.

Julien Reich (JF): Nur ein kleines Votum. Man kann es zwar nicht verbieten, das Feuerwerk, und ich habe selbst Hund und Katze und weiss, Lärm ist für diese nicht so cool. Aber man kann den Wind vielleicht etwas aus den Segeln nehmen, indem man von der Gemeinde aus ein schönes 1.-August-Feuerwerk organisiert. Denn

dann würde sich nicht jeder am 1. August den Keller mit Raketen füllen, und wenn es regnet, muss man sie dann zwangsläufig an Silvester anzünden. Dem könnte man so vielleicht vorgehen. Merci.

Der Vorsitzende: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Von der schriftlichen Stellungnahme des GR zur Interpellation Schnyder (SP), «Verbot von lautem Feuerwerk an Silvester», wird Kenntnis genommen.

8. Informationen des Gemeinderats / der parlamentarischen Kommissionen

Christa Grubwinkler (GR): Ich halte mich sehr kurz. Ich habe Euch versprochen, dass ich Euch an der heutigen Sitzung noch einmal ein Update bezüglich Kündigungssituation an unseren Schulen gebe. Wir erhielten seit der letzten Information keine weiteren Kündigungen im Schulkreis Moos und Dorf, und ebenso nicht im Seidenberg. Es ging eine Kündigung aus dem Schulhaus Aebnit ein, aber das ist alles. Merci.

Von den Informationen des GR wird Kenntnis genommen.

9. Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Balmer (FDP), Müller Kearns (FDP): Strategie für die Nutzung von erneuerbaren Energien

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine technologieoffene Strategie für das Gemeindegebiet zu erarbeiten, die für die Erzeugung von elektrischer oder thermischer Energie aus der Umwelt neben der Photovoltaik genutzt werden können.

- Ausbaustrategie für eine Nutzung von erneuerbaren Energiequellen wie beispielsweise Sonne, Wind, Abwärme oder Rekuperation auf dem Gemeindegebiet mit Abschätzung des möglichen Potentials.
- Mögliche Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden oder Privaten aktiv suchen und Umfang und Potential abschätzen.
- Erstellen eines Kataloges mit den gefundenen Möglichkeiten in einem Katasterplan aufzeigen.

Begründung

Der Energiebedarf wird generell durch Komfortansprüche und Bevölkerungszunahme ansteigen und trotz dem Ausbau der Photovoltaik sind weitere Energiequellen oder Einsparungsmöglichkeiten zu nutzen, um eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung unter Einhaltung der CO₂-Ziele zu gewährleisten.

Die Energiestrategie der Gemeinde Muri, durch den Gemeinderat am 16.10.2022 verabschiedet, setzt als strategische Ziele

- Den Energieverbrauch bis 2045 zu 100% mit erneuerbaren Energien zu Decken
- den Primärenergieverbrauch bis 2040 zu 50% mit lokaler Energiegewinnung zu decken.

Als lokale Energiequellen steht primär die Sonnenergie zur Verfügung, da andere Primärenergieträger kaum oder nur sehr eingeschränkt verfügbar sind (geringe Waldflächen mit extensiver Holzwirtschaft, Erdsondenverbot in weiten Teilen der Gemeinde aufgrund der Trinkwasservorkommen)

Der alleinige Fokus auf lokale gewonnenen Solarstrom wird jedoch nicht ausreichend, resp. aus Effizienzgründen nicht zweckmässig sein, um die ambitionierten Ziele in den kommenden 15 bis 20 Jahren zu erreichen. Neben Solarenergie sind weitere Energiequellen wie Wind (z.B. Pilotanlage Bigler Transporte, Gümligen), Abwärme und Rekuperation zu erschliessen.

Die Zielsetzungen zur Energiewende sind nur im Verbund und in enger Kooperation mit allen Bedürfnisgruppen zu erreichen. Daher ist aktiv die Zusammenarbeit mit Privaten, Gewerbe, Nachbargemeinden, Energieversorgern u.a. zu suchen.

Mit der laufenden Überarbeitung der Eigentümerstrategie kann dieser Auftrag an die gbm aufgenommen werden. Es geht damit um eine Katalogisierung der möglichen Quellen, die zur Verfügung stehen würden und damit um die Feststellung des Potentials, das genutzt werden könnte, wenn die technischen oder wirtschaftlichen Gegebenheiten vorhanden sein werden.

Muri bei Bern, den 20. Mai 2025

Thomas Balmer
Alan Müller Kearns

R. Soder, C. Eggli, J. Reich, L. Held, R. Lauper, R. Mäder, Ch. Siebenrock, R. Weibel, A. Scherrer, R. Buff, G. Kaczala, J. Schenk, S. Eugster, B. Legler, E. Zloczower, A. Bless, N. Zurlinden, M. Sager, Ch. Lucas, M. Koelbing, C. Engel, G. Grossen, M. Matter (25)

Motion Balmer (FDP), Müller Kearns (FDP): Photovoltaik-Strategie

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Photovoltaikstrategie auszuarbeiten mit den folgenden Aufträgen:

- Ausbaustrategie für die Installation von optimierten Photovoltaik- Anlagen auf allen Gemeindebauten und freien Flächen, die für eine solche Nutzung geeignet sind.
- Ausbaustrategie von Photovoltaikanlagen auf privaten Gebäuden und freien Flächen durch eine aktive Beratung und Zusammenarbeit mit den Eigentümern, um die Projekte zielstrebig zu realisieren.
- Ausbaustrategie für die Speicherung von überschüssigem Solarstrom (Tagesspeicher).
- Förderung von lokalen Nutzungsgemeinschaften, wie virtuelle Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch (vZEV) und lokale Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) zur optimalen lokalen Nutzung des produzierten Solarstroms

Begründung

Der Stromverbrauch ist zunehmend und deshalb sind alle möglichen Photovoltaikanlagen zu realisieren. Durch die Organisation von Nutzungsgemeinschaften können auch grosse Flächen mit einem zu geringen oder stark variablen Eigenbedarf, wie beispielsweise bei Schulhäusern, maximal genutzt werden.

Die Energiestrategie der Gemeinde Muri, durch den Gemeinderat am 16.10.2022 verabschiedet, setzt als strategisches Ziel, den Primärenergieverbrauch bis 2040 zu 50% mit lokaler Energiegewinnung zu decken. Als lokale Energiequellen steht primär die Sonnenenergie zur Verfügung, da andere Primärenergieträger kaum oder nur sehr eingeschränkt verfügbar sind (geringe Waldflächen mit extensiver Holzwirtschaft, Erdsondenverbot in weiten Teilen der Gemeinde aufgrund der Trinkwasservorkommen).

Der Förderung der Solarstromgewinnung kommt somit eine zentrale Funktion zu, um das hochgesteckte Ziel innerhalb der nächsten 15 Jahre erreichen zu können. Dabei sind die Produktion des Solarstroms (tagsüber) und die (private) Nachfrage nach Strom (Abend- und Morgenstunden) zeitlich verschoben, was zukünftig leistungsfähige lokale, dezentrale Speicherlösungen erfordert. Damit kann der in der Gemeinde gewonnene Strom maximal lokal genutzt werden.

Der Gesetzgeber erlaubt neu die Bildung von lokalen Nutzergemeinschaften in Form von virtuellen Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch (vZEY, seit 01.01.2025 zulässig) und lokalen Elektrizitätsgemeinschaften (LEG, voraussichtlich ab 01.01.2026 zulässig). Die Bildung solcher Nutzergemeinschaften steckt somit noch in den Kinderschuhen und ist noch wenig erprobt. Dies lässt private, wie öffentliche Grundeigentümer zögern, ihre Immobilien für solche Zusammenschlüsse zur Verfügung zu stellen.

Die Gemeinde kann hierzu eine wichtige Vorbildfunktion einnehmen und Anreize schaffen, um die Solarstromgewinnung und -nutzung im Sinne der Energiestrategie stark auszubauen. Mit der laufenden Überarbeitung der

Eigentümerstrategie kann dieser Auftrag an die gbm aufgenommen und die Inkraftsetzung der Gesetzgebung erlaubt die Bildung von Nutzungsgemeinschaften über die Parzellengrenzen hinaus

Muri bei Bern, den 20. Mai 2025

Thomas Balmer
Alain Müller Kearns

R. Soder, C. Eggli, J. Reich, L. Held, R. Weibel, R. Buff, J. Schenk, S. Eugster, B. Legler, E. Zloczower, A. Bless, N. Zurlinden, S. Fankhauser, M. Sager, V. Legler, S. Anliker, Ch. Lucas, M. Koelbing, C. Engel, K. Schnyder, G. Grossen, H. Gashi (24)

Motion Anliker (forum): Anpassung Personalreglement Artikel 12 Ziffer 1

Der Gemeinderat wird beauftragt, die kürzlich erfolgte Anpassung von Artikel 12 Ziff. 1 rückgängig zu machen, weil die differenzierten Kündigungsfristen die personellen Herausforderungen der Tagesschule verstärken, anstatt sie zu reduzieren.

Begründung

Bei der letzten Teilrevision des Personalreglements wurde Artikel 12 aus Gründen der Planungssicherheit angepasst und in der Ziffer 1 für die Mitarbeitenden der Tagesschule differenzierte Kündigungsfristen eingeführt, siehe markiertes Textmodul.

Art. 12 Kündigung

1 Die Gemeinde und die Mitarbeitenden können das Arbeitsverhältnis nach Ablauf der Probezeit auf das Ende eines Monats kündigen. *In der Tagesschule ist eine Kündigung nur auf das Ende eines Schulsemesters, d.h. per 31. Januar oder per 31. Juli, möglich.*

2 Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate. Der Gemeinderat kann für bestimmte Gruppen von Mitarbeitenden längere Kündigungsfristen bis höchstens sechs Monate vorsehen.

3 Beide Parteien können das Arbeitsverhältnis fristlos kündigen, wenn wichtige Gründe vorliegen. Als wichtige Gründe gelten namentlich Umstände, unter denen der kündigenden Partei die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nach Treu und Glauben nicht mehr zugemutet werden kann.

Tagesschulmitarbeitende (Leitung, Betreuende mit oder ohne pädagogische Ausbildung, weiteres Personal) sind Gemeindeangestellte. Aus Gründen der Planungssicherheit gelten für sie jedoch andere Kündigungsfristen als für die restlichen Gemeindeangestellten. Die Planungssicherheit ist ein wichtiger Aspekt, um eine gute Qualität der Betreuung zu gewährleisten. Aber die differenzierten Kündigungsfristen sind dafür kein geeignetes Mittel.

Für die Tagesschulmitarbeitenden bedeutet die neue Kündigungsfrist nämlich, dass sie nur noch 2 x im Jahr, nämlich per 31. Oktober resp. 30. April ihre Kündigung einreichen können. Pensum und Arbeitszeiten/Arbeitstage für das nächste Schuljahr werden von der Leitung Tagesschule aus organisatorischen Gründen jedoch erst nach Ablauf des Kündigungszeitfensters festgelegt (anfangs Juni), da die def. Anmeldungen der Eltern abgewartet werden müssen. Anders als bei den Lehrpersonen ist bei den Mitarbeitenden der Tagesschule der Beschäftigungsgrad nicht als Bandbreite im Arbeitsvertrag enthalten.

Sind die Mitarbeitenden der Tagesschule beispielsweise im Juni mit dem erhaltenen Pensum oder den Arbeitstagen nicht einverstanden, so sind sie gemäss der neuen Regelung verpflichtet, ihr Arbeitsverhältnis und das ihnen zugewiesene Pensum bis Ende Januar zu erfüllen.

Damit verstärken die neuen Kündigungsfristen die Herausforderungen bei der Rekrutierung und Erhaltung von Mitarbeitenden. Die Mitarbeitenden befinden sich in einem Arbeitnehmermarkt und sind somit nicht bereit, solche Einschränkungen ohne Gegenleistungen hinzunehmen. Insbesondere wird auch die Herausforderung verstärkt, dass mindestens 50% der Mitarbeitenden über sozialpädagogische

Qualifikationen verfügen müssen.

Die Mitarbeitenden der Tagesschule hatten bisher keine Kenntnis von dieser Änderung. Sie wurden vorgängig dazu auch nicht angehört. Hinzu kommt, dass die Mitarbeitenden der Tagesschule in einem Schreiben der Leitung Tagesschule vom 14. April 2025 unzutreffend über die neuen Kündigungsfristen informiert wurden. Insbesondere wurde kommuniziert, dass lediglich die Mitarbeitenden an diese fixen Kündigungstermine (31. Januar und 31. Juli) gebunden seien, die Tagesschule hingegen nicht.

Um der Tagesschule mehr Flexibilität zu ermöglichen, erhalten viele (auch langjährige) Mitarbeitende anscheinend nur befristete Arbeitsverträge. Wir bitten den Gemeinderat daher bei der Beantwortung der vorliegenden Motion auch detaillierte Angaben zur Anzahl der Mitarbeitenden mit einem befristeten Vertrag zu machen.

Muri-Gümligen, 16. Mai 2025

Sophia Anliker

F. Kearns, P. Messerli, R. Racine, N. Zurlinden, S. Fankhauser, L. Arnold,
V. Legler, Ch. Lucas, M. Koelbing, C. Engel, A. Zaccaria, G. Grossen (13)

Interpellation Eggli (FDP): Steuerliche Gleichbehandlung aller Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Muri-Gümligen

Der Gemeinderat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Wird und wie wird sichergestellt, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner von Muri-Gümligen ihren gerechten Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen leisten?
2. Werden die steuerlichen Wohnsitze der Steuerpflichtigen in Muri-Gümligen regelmässig kontrolliert und systematisch Datenabgleiche mit anderen Behörden erstellt? (z.B. die Steuerverwaltung mit der Baubehörde, Einwohnerkontrolle und dem Strassenverkehrsamt)
3. Arbeitet die Gemeinde Muri-Gümligen mit der kantonalen Steuerbehörde zusammen?
4. Kann sichergestellt werden, dass Personen, die zwar in der Gemeinde Muri-Gümligen wohnen, sich hier aber nie offiziell in der Gemeinde angemeldet haben, systematisch eruiert werden? Wie funktioniert dieser Prüfprozess?
5. Was kann die Gemeinde Muri-Gümligen unternehmen, damit Menschen, die nachweislich weiterhin in der Gemeinde wohnen, aber ihre Steuern an günstigeren Orten ausserhalb bezahlen, sanktioniert werden?

Begründung

Die Gemeinde Muri-Gümligen erbringt umfangreiche Leistungen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Sicherheit und soziale Dienste. Diese Leistungen werden durch die in der Gemeinde erhobenen Steuern finanziert.

Weil es vermutet wird, dass verschiedene Personen zwar in unserer Gemeinde wohnen und unsere Dienstleistungen in Anspruch nehmen, jedoch ihren steuerlichen Wohnsitz in einem anderen Kanton oder einer anderen Gemeinde haben, stellen sich Fragen, wie das verhindert werden kann.

Diese Anfrage dient dazu, **die steuerliche Gleichbehandlung** aller Einwohnerinnen und Einwohner **sicherzustellen** und die finanziellen Interessen der Gemeinde zu wahren.

Muri-Gümligen 20. Mai 2025

Caterina Eggli

J. Reich, L. Held, R. Soder, T. Balmer, R. Lauper, R. Mäder, Ch. Siebenrock, R. Buff, G. Kaczala, S. Eugster, B. Legler, E. Zloczower, A. Bless, R. Racine, N. Zurlinden, V. Legler, L. Arnold, M. Sager, Ch. Lucas, M. Koelbing, C. Engel, A. Zaccaria, K. Schnyder, A. Matter, H. Gashi, G. Grossen (27)

Interpellation Egli (FDP): Massnahmen gegen missbräuchliche und schikanöse Baueinsprachen

1. Ausgangslage

Bauprojekte sind ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung und Attraktivität unserer Gemeinde. In den letzten Jahren ist jedoch eine Zunahme von Einsprachen festzustellen, die in erster Linie dem Zweck dienen, Bauprojekte zu verzögern oder zu verhindern, anstatt berechnete Anliegen der betroffenen Bevölkerung zu vertreten. Solche missbräuchlichen und schikanösen Einsprachen führen zu unnötigen Kosten, Verzögerungen und einer Behinderung der baulichen Entwicklung unserer Gemeinde.

2. Zu prüfende Punkte

Der Gemeinderat wird darum gebeten, zu folgenden Punkten eine Stellungnahme zu erarbeiten:

1. **Überprüfung der Einsprachen-Praxis:** Der Gemeinderat analysiert die Häufigkeit und Art der Einsprachen der letzten 5 Jahre und erstellt hierzu zwecks Transparenzschaffung einen Bericht. Dabei interessiert insbesondere das Verhältnis von begründeten und unbegründeten Einsprachen. Dies, um festzustellen, inwieweit missbräuchliche Einsprachen ein Problem darstellen oder eben auch nicht.
2. **Einführung von Gebühren für Einsprachen:** Um unbegründete Einsprachen zu reduzieren, soll geprüft werden, ob für Einsprachen eine Bearbeitungsgebühr auf Gemeindeebene eingeführt werden kann, die bei offensichtlich unbegründeten Einsprachen nicht zurückerstattet wird. Alternativ kann auch geprüft werden, ob die Gebühr auf Gemeindeebene nur dann fällig wird, wenn die Einsprache als unbegründet abgeschrieben wird.
3. **Beschleunigung der Verfahren bei offensichtlich unbegründeten Einsprachen:** Der Gemeinderat prüft, ob offensichtlich unbegründete Einspracheverfahren in einem beschleunigten Verfahren rascher abgeschrieben werden können. Falls die Gemeinde hierzu die Kompetenz hat, sind seitens Gemeinde Vorschläge auszuarbeiten, wie ein solches beschleunigtes Verfahren ausgestaltet werden könnte.

3. Begründung

Die steigende Anzahl an Einsprachen gegen Bauprojekte führt zu erheblichen Verzögerungen und Mehrkosten für Bauherren und die öffentliche Hand. Während berechnete Einsprachen im Rahmen des demokratischen Prozesses wichtig sind, soll gegen eine missbräuchliche Nutzung des Instruments vorgegangen werden.

Mit dieser Interpellation soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass Bauprojekte in unserer Gemeinde in Zukunft nicht weiterhin durch mutwillige Verzögerungstaktiken blockiert werden. Gleichzeitig soll das legitime Einspracherecht von direkt betroffenen Personen weiterhin geschützt bleiben.

Muri-Gümligen 20. Mai 2025

Caterina Egli

J. Reich, T. Balmer, R. Mäder, Ch. Siebenrock, R. Buff, G. Kaczala,
S. Eugster, E. Zloczower, A. Bless, M. Sager, Ch. Lucas, M. Koelbing,
A. Matter (14)

Mitteilungen

Der Vorsitzende: Wir kommen langsam zum Schluss der Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 17. Juni 2025 statt. Ich danke allen für die engagierten Voten. Das heutige Apéro wird von der SP offeriert. Für die Juni Sitzung findet das traditionelle Jahres-Apéro der Gemeinde statt, bei schönem Wetter hoffentlich draussen. Jetzt wünsche ich uns allen anregende Gespräche und schliesse somit die 452. Sitzung.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Hilmi Gashi

Corinne Schweizer